

Hast du schon deine Pflicht getan?

Hast du schon deine Pflicht getan?
Hast du zu werben schon begonnen?
Hat die Partei den „zweiten Mann“
durch dich, Genosse, schon gewonnen?

Wenn nicht, dann säume länger nicht,
für alle ist es Ehrenpflicht,
den zweiten Mann herbeizubringen,
joll unter schönem Ziel eingehen.

A. Weig.

Stahlhelm propagiert Monarchie.

Der Generalstaatsanwalt in Berlin hat gegen die Stahlhelmschlacht Selbste und Duckelberg, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das Verfahren bezieht sich auf den Aufruf, den die beiden zu ihrem Volksbegehren unterzeichnet haben. In diesem Aufruf stehen neben den üblichen, raffiniert verfaulierten Schimpfereien gegen die Republik auch Sätze wie: „... das heutige Deutsche Reich erheben zu lassen.“
Deutlicher haben die Stahlhelmer ihre reaktionäre Einstellung und ihren Willen, Wilhelm den Verlorenen wieder zum Herrscher über Deutschland zu machen, noch nicht ausgedrückt.

Ein neuer K'mabend.

Diesmal rutz die Genossenschaft zu einer Plänzerandlung. Am Freitagabend wird im „Volkspark“ für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften und der neuen Konium- und Spargenossenschaft für Halle und Umgebung eine Ausstellung der G. G. G. in der Halle veranstaltet. Es werden kostenlos Vorträge abgehalten, außerdem läuft ein Genossenschaftsfilmm.

Der zweite Arbeitsamtsprozess

Unternehmer stehen unter Anklage.
Vor dem Schöffengericht Halle begann am Montag der auf eine 14 Tage berechnete zweite Arbeitsamtsprozess. Angeklagt der Beihilfe zum Betrug des früheren Bürgermeisters Siebel in Wieschen sind der Straßenmeister Otto Gilsch, der Tiefbauunternehmer Friedrich Otto, der Baumunternehmer Ernst Straube aus Wieschen und der Geschäftsführer Johannes Bauermeister aus Weiskirchen. Bürgermeister Siebel hat sich in letzter Zeit besonders durch Freitrag des Wieschen Denkmals einen Namen gemacht.
Den Angeklagten wird zur Last gelegt, bei Vergütung von Arbeitsarbeiten, die mit Hilfe von Erwerbslosengeldern ausgeführt werden sollten, dieselben nicht zu ihrem eigentlichen Zweck, sondern anderweitig verwendet zu haben, und auch die Arbeiter, die mit diesen vom Staate beschützten Geldern bezahlt wurden, an anderen Arbeiten verwendet zu haben. Geschädigt wurden dadurch die Staatskasse, die Erwerbslosenvorgänge und auch verschiedene Erwerbslose.

Der Kampf um die Rechtschreibung.

Einer der Bemerktesten, Friedrich Oberländer, Berlin (Schriftleiter des „Völkischen“ und Mitglied der Zentralkommission d. Reichsvereins Deutschlands), spricht am Dienstag, den 3. März, 20 Uhr, im kleinen Saale des „Volkspark“ über obiges Thema. Der Vortrag wird durch 60 Mitglieder ergänzt. Jeder, der an der Reform der deutschen Rechtschreibung interessiert ist, sollte diesen Vortrag hören. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker ladet hierzu herzlich ein. Eintritt ist frei.

DDR. mahnt.

Die A.C.R. Halle sieht sich veranlaßt, um die Bezahlung der Beiträge für Monat Februar zu mahnen. Diese müssen bis 5. März bezahlt sein. In den Überwachungen ist getrennt der Beitrag für Arbeitslosen- und Krankenversicherung anzugeben. Besonders verweist die A.C.R. noch auf die Einhaltung der An- und Abmeldefristen, ebenso auf die rechtzeitige Meldung bei Arbeitsunfähigkeit. Krankengeld kann nur dann gezahlt werden, wenn die Krankmeldung rechtzeitig erfolgt.

Einbrüche, Varameter der Not.

In vergangener Nacht wurde in einem Getreideverkaufstand in der Wagdeburger Straße eingebrochen und u. a. der Waschen abgerissen, so daß das Gas ausströmte. Der Einbrecher hat alles durcheinandergerückt. Was geschloßen wurde, steht noch nicht fest. — In einem Kaffeeverkaufstand in der Rabe wurde ein Einbruch verübt. — Aus einem Grundstück in der Parkstraße wurde eine Flasche Kohlenäure gestohlen. In verschiedenen Stellen der Stadt wurden Klingelplatten von den Schloßern abgerissen und entwendet.

Wettervorhersage. Mittwoch: Zunächst noch bitter mit Nachfröhen, später Erwärmung und nachfolgender Regen, wärmer werdend. Donnerstag: Mildes Wetter mit Neigung zu Regen wahrscheinlich.

Gesamtausbau der Müllabfuhr abgelehnt!

Rechte und Linke stimmen aus verschiedenen Gründen gegen die heftigste Magistratevorlage - Staatsdebate verlag

Halle, den 3. März.

Eigentlich sollte die gestrige Sitzung der Stadtverordneten einen leuchtigen großen Tag erleben. Sollte doch die große Aussprache über den „ausgesprochenen“ Haushaltsplan vor sich gehen. Aber es kam wieder einmal anders. Die Redepläne über den vom Magistrat aus einer ganzen Reihe von Gründen für notwendig gehaltenen Gesamtausbau der städtischen Müllabfuhr nahmen, wie zu erwarten war, einen so breiten Raum in Anspruch, daß die Staatsdebate verlag werden mußte. Der Kampf spielte sich in der Hauptsache zwischen dem Führer der Hausbesitzergruppe im Bürgerblock und der sozialdemokratischen Fraktion ab, denn das Kommunisten- und Nazis zu dieser Frage zu sagen hätte, war sehr drittig. Daß die Herren vom Parlament die Befreiung des einer modernen Großstadt unwürdigen Zustandes aus ihrer prinzipiellen Kampfstellung gegen alles Marxijstische ablehnen, nimmt nicht wunder, wenn man vertritt, daß sie in der Einführung städtischer Mülltonnen eine marxijstische Feilschei erblicken.

Der Starke, der immer in die Arena steigt, wenn es gilt, eine dem Fortschritt dienende Sache mit dem Schein des Rechts zu befrachten, leistete sich gestern alles nur Erdensliche in der Verdrängung einlässig bekannter Dinge. Mit Befolgen wählte er in dem Paragrafenmüll umher und verurteilte sich sogar zu der Behauptung, daß in den letzten zehn Jahren gerade der Grundbesitz am meisten hätte bluten müssen; die armen Hausbesitzer seien „am meisten ausgepumpt“ worden. Sollte nur noch, daß er gleich die Einbeziehung der „Ausgepumpten“ in die agrarische Notstandsaktion gefordert hätte.

In wirkungsvoller Weise beschäftigte sich Genosse Peters mit diesen „ausgepumpten“ Notleidenden, nachdem Genosse Lange die Vorzüge der städtischen Müllabfuhr und die gesundheitlichen Nachteile des bisherigen Zustandes sachlich dargestellt hatte. Trotzdem diese Ausführungen ebener allgemeine Aufmerksamkeit fanden wie die überzeugenden Feststellungen des zuständigen Magistratsabgeordneten Prof. Heitmann, stand das Schicksal der Vorlage fest. Nachdem die bürgerliche Mehrheit zu erkennen gegeben hatte, daß sie den Fortschritt nur will, wenn er sich nicht kostet, wenn den Mietern möglichst alles aufgedrückt werden kann, mußte auch die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage ablehnen. Die Abstimmung ergab einstimmige Ablehnung aus zwei einander entgegenstehenden Beweggründen.

In Halle hat man sich zwanzig Jahre gestritten um den Bau eines Hallenabwimmeldes, warum soll Halle nicht auch bei der hygienischen Müllabfuhr an letzter Stelle stehen?

Der Verlauf der Sitzung.

Der Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung verlor der Vorleser neben den üblichen Eingängen — das bereits erwähnte Schreiben des gemeinen K.R. Eisenhandlanten Otto Härtel, in dem die Niederlegung des Mandats angezeigt wird. Das Kollegium genehmigte mit Zustimmung des Schatzmeisters die Demission.

Eine Abstimmungsfrage in der Rauscherstraße, die sich wegen des zunehmenden Verkehrs in dieser Hauptausfallstraße notwendig machte, fand einstimmige Zustimmung, ebenso die Magistratsvorlage über Ausgestaltung der Grünflächen an der Querstraße. Herr Edler, der in Vertretung des immer noch abwesenden Ratsherrn Härtel sich als Wortführer vertrat, meinte, daß „der Bevölkerung die Luft in gereinigtem Zustande geliefert“ werden müsse. Um so erstaunlicher war seine weitere Erklärung, daß es biete, dem Prinzip der Sparsamkeit festhalten anzulegen, wollte man der Vorlage zustimmen. Das geschah aber trotzdem. Zur Erstellung von 18 Wohnungen durch den Gemeinnützigen Bauverein Gartenstraße sollte wurde die erforderliche Kapitalabfuhr festgestellt.

Der Magistratsvorlage „Änderung eines Nachbarvertrages“ wurde, wie der Vorleser ausdrücklich schaffte, ohne Widerspruch angenommen. Die Streubrauerei als Trägerin der Wittenberg-Wirtschaft hat am Nachhah der Radstämme von 30 000 M. jährlich auf 15 000 M. gebeten; dafür will sie die Konzerte von sich veranlassen, allerdings in anderer Form. Durch die Annahme des Antrages wurde nicht nur der seit mehreren Jahren erdbeerliche Zuschuß (1930/27 948 M.) in Fortfall kommen, sondern eine Reineinnahme von schätzungsweise 6000 M. entfallen. Außerdem soll durch Fortfall der hiesigen Konzerte des Symphonieorchesters im 300 betriebligen eine Einsparung von 30 000 M. zu machen

sein. Das mag wohl stimmen, was aber aus den brotlos werdenden Mitgliedern des Musikvereins werden soll, darüber verläutet nichts.

Noch bevor in die sogenannte Generaldebatte über den Gesamthaushaltsplan eingetreten wurde, bereit man den Haushaltsplan der Straßenreinigung und der Stadtentwässerung. Die Vornahme dieser Beratung liegt im Interesse der rechtzeitigen Gewässerreinigung. Bei der Straßenreinigung und die Beiträge gegenüber den Vorjahren 1929 (37 Pf.) und 1930 (55 1/2 Pf.) auf 30 Pf. zu erhöhen. Der Stadtrat hat die Stadtentwässerung für die Jahre 1931 bis 1930 für die Häkallen 1 Prozent und für die Wirtschaftswasser 2 Prozent. Das Kapitel Straßenreinigung balanciert mit einer Einnahme von 651 000, einer Ausgabe von 841 100 und einem Zuschuß von 190 100 M. Kommunitäten und Nazis tragen sich gemeinsam über die Anschaffung von 100 Rapskörnern für die Straßenbahn auf, die Erleren außerdem noch darüber, daß die „Behag“ die früher von der Firma Lewin eingegebenen Räume im Stadthaus für Werbestände ausnutzt. Der Etat selbst wurde, wie der Stadtrat in der Sitzung feststellte, gegen die Stimmung der Kommunitäten genehmigt. Das 9-stufige Stadtentwässerungsgeld ist mit 1 045 000 M. in Einnahme und Ausgabe ohne einen fremden städtischen Zuschuß aus. Trotzdem lehnten die Angehörigen so fortwährend geäußerten Rapschreien auch diesen Etat ab — von wegen dem Prinzip.

Das heikle Kapitel: Müllabfuhr

Stadt Dr. Starke (Hausbes.) berichete dann über den geplanten Gesamtausbau der städtischen Müllabfuhr, die er nicht mit Unrecht als ein heikles Thema bezeichnete. Der Berichterstatter wollte lediglich ein objektives Bild über die Stellungnahme des Verordnungsausschusses über die Rechtslage geben, dabei Hans jeder Satz in der schroffen Formulierung dieses Fortschrittes aus. Seine langwierigen, beständigen Ausführungen weckten verächtlich den lebhaften Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion, die sich bekanntlich mit aller Kraft für die hygienische Beseitigung der trockenen Abfallstoffe einsetzt. Nach Ansicht der bürgerlichen Mehrheit des Rechts- und Verordnungsausschusses können die durch den Gesamtausbau entstehenden Mehrkosten nicht angelegt, oder wie der Berichterstatter sich ausdrückte:

„auf die Riete drangefesselt“ werden.
Stadt Müller (Sos.) berichete über den — bekanntlich auf Ablehnung lautenden — Beschluß des Verordnungsausschusses. Die Einzelheiten sind bekannt, so daß wir uns auch hier großer Kürze befleißigen können. Nach Ansicht des Berichterstatters sind notwendige Gründe gegen die obligatorische Müllabfuhr im Ausnahmefall nicht beigebracht worden.

Die Aussprache ging teilweise unter allgemeiner Anteilnahme der städtischen Bevölkerung ab. Der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wandte sich wiederum Stadt Dr. Starke heftig gegen die Vorlage. Unter allen Umständen wollen insbesondere die Hausbesitzer keine neuen Lasten. Die bisherige freiwillige Müllabfuhr floriert, interessiert ihn gar nicht. Wenn man die ganzen Ausgaben bedenkt, glauben Sie, daß damit die Frage gelöst ist? Die werden sich sofort wirtschaftlich umstellen.“ (Schallende Heiterkeit.) Mit

solchen und ähnlichen durchschlagenden Argumenten will man nachweisen, daß das Kommunienfest gegenüber dem heutigen Zustande keine wesentlichen Verbesserungen bringen würde. Auch mit der Gesundheitsfrage sei es nicht so schlimm, da wegen der Müllgruben nachweislich noch keine Gefahr bestehen sei. Warum denn gerade jetzt einen Zustand bestimmen wollen, der jahrbücherebene bedenklich? Später, später könne man darauf zurückkommen.

Die Front des Fortschritts.

Stadt Lange (Sos.) legte sich ganz energisch für die Magistratsvorlage ein, weil sie im Interesse der gesamten Bevölkerung gelegen ist. Er hält den aufstrebenden Hausbesitzern vor, daß sie ihre ganze Kraft darauf verwenden, damit die Angelegenheit nicht in die Hände der städtischen Müllabfuhr nicht rentabel werden zu lassen. Von Anfang an hatten sie gegen die Müllabfuhr gearbeitet und alles getan, die Entwicklung des Betriebes zu verhindern. Sie haben sogar abgelehnt, bezahlte Mitarbeiter, die für die Müllabfuhr arbeiten, in den Hausbesitzereigentum zu beschäftigen. Die Denkschrift des Magistrats hat wohl einwandfrei bewiesen, daß nur die Kommune in der Lage ist, die geregelte Müllabfuhr durchzuführen. Seit heute, daß sich gerade bei diesem Betrieb die eigene Regie bewährt hat. Seit heute, daß der Verkauf nur der Schatz der Hausbesitzer und deren Organisationen zu verhandeln ist. Wenn behauptet wird, die gesundheitlichen Gefahren der Müllgruben seien nur gering, so mag das wohl für die besseren Häuser zutreffen, in den Arbeiterquartieren sieht es dagegen trübsal aus. Hier stellt sich der hinterhältig bekannte Bürger Dr. Müller in geschmacklosen Mißverständnissen. Zur Reizfrage erklärte Lange:

Der Arbeiter muß durch die raffinierten Methoden der modernen Betriebe, durch Rationalisierung und Lohnkraft für immer weniger Geld immer mehr leisten, obwohl man weiß, daß sein Lebensniveau sinken, seine Kräfte am Ende sind. Von den Hausbesitzern wird keine Mitleidenschaft verlangt, sie erleben ein wildes Geschrei um jeden Pfennig, obwohl gerade die mehr leisten können.

Lange verlangte vom Magistrat bindende Erklärungen, daß die Mehrkosten der Müllabfuhr nicht auf die Mieter umgelegt werden können, dann stimmte die SPD selbstverständlich für die Vorlage. Ohne diese Bindung muß die SPD gegen die Vorlage eintreten.

Die Nazis heren „politische Aufschaukelungen“ ein einziger Müllbauern sind, wollen natürlich ganz und gar nichts von der „marxistischen“ Müllabfuhr wissen. Diese Patentbesitzer brachten es wieder einmal fertig, sich gegen die Regiebetriebe zu wenden.

Vor fast leerem Saale, über das ganze Gesicht strahlend, daß sein geliebter Gegner, Kommunismus, aus dem Wege geräumt ist, wiederholte Herr Günther von der SPD, recht menschlich das, was Lange bereits hat und verständlich gesagt hatte.

Ausgedrückt Herr Dr. Dirsch, während sich dann zu einer kurzen Erklärung auf, was um der Tagesordnung gegen die obligatorische Müllabfuhr sei



Konservierte Jahrhunderte

sollen uns erhalten bleiben

...man bei den nächsten Wahlen ganz besonders

Aber auch das Band zu dem, die Einrichtung auf die Gemeinde...

Es wären Verlen vor die Säue gerufen, wollte man sich mit diesen...

Saalkreis

Um eine neue Lehrstellenstelle.

Genau. Der Vorliegende kommt in der letzten Schulvorstandssitzung...

Durch den Wechsel in der Konrektorstelle macht sich die Erneuerung...

Bernard Koenen kneift

Mitglied. Um auch die Meistbesetzten Mitglieder über die...

Der neueste Fall Grützner

Der anständige Herr Senatspräsident geht zur „Partei der anständigen Leute“

Der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht S. Grützner...

Die schwarzweitere Reaktion mit und ohne Hakenkreuz...

Interessant ist, was ein Berliner Blatt über die näheren Gründe...

auf, vollständig zu dem am 22. März 1931 stattfindenden...

lin in den Volkshaushof an die erleuchteten Fenster des Metallarbeiterbüros...

Die Sache hat aber außer der ausgesprochen humoristischen auch ihre sehr ernste Seite...

Auch wir trauen dem Herrn Referendarius A. mit dem Geltungs-Komplex...

terten Arbeitslosen haben sich geschäftstüchtige Kommunisten...

Auf die Entgegung des Arbeiters S. wandt, er kenne keine...

Kreis Zörgau

Zörgau (Stadt)

Ein gefährlicher Bazillus im „immunen“ Zörgau

Der völkische Meffias Dahlenburg macht Reklame für die SPD.

Die sogenannte deutschvölkische Freiwirtschaftsbewegung...

Anschließend sprach der völkische Meffias Tierarz Dahlenburg...

Severing antwortet:

Die Zörgauer Polizei war ungenügend.

Die Ausschreitungen, zu denen es anlässlich der Kreisagitierung...

Quasi-offizieller: Ernst Sepp, verantwortlich für Politik und...

Mansfelderkreise

Wahlleben. Vertriebsstilllegung. Kamn ist die Kunde von der...

Familien-Nachrichten.

Sollte get. Karl Werner, Ehe-Walter, Frau Dorothea...

Kreis Dessluch

Ellenburg

Die schlüfrige Straße.

Am 1. März gegen 17 Uhr kam der Arbeiter Richter aus Zörgau...

Kreis Liebenwerda

Kommunistisches Strauchritterium

Wolwig. Im Volkshaus ist vor wenigen Wochen der Plan...

Trinkt Euer heimisches Heyberg Bräu logo and text

